

● Khomeini überschätzte die Stärke, den Einfluß und die Einstellung ›seiner‹ Schiiten in Irak — die Mehrheit der Bevölkerung und in den Streitkräften — und erwartete, daß sie sich gegen Saddam Hussein und seine Regierung auflehnen oder im Falle eines Krieges wenigstens ihre Waffen niederlegen würden.

● Die seit dem 16. Jahrhundert, als die Schia die persische Staatsreligion wurde, unverminderte Anziehungskraft der Heiligtümer von Kerbela und Nedschef, die der ›gottlose‹ Hussein ›schände‹, ist ebenfalls zu nennen.

● Gemäß den Geschäftsleuten in Teheran (Bazaari), die dem Schah bedeutend näher standen als den Mullahs, benötigte die noch junge Revolution, um sich behaupten und entfalten zu können, einen äußeren Feind; dazu diente Irak.

● Schließlich ist auf die tiefsitzende Abneigung des Imam gegenüber Saddam Hussein hinzuweisen.

Bezüglich *Iraks* wurden den weiter oben erwähnten fünf Punkten noch weitere vier gewichtige hinzugefügt:

● die wahrgenommenen Verwirrungs-, Zerfalls- und Auflösungserscheinungen in den iranischen Streitkräften;

● die vermeintlichen Spannungen zwischen den Mullahs und den Minderheiten (vor allem mit denen arabischer Abstammung in dem an Irak angrenzenden Khusistan);

● die internationale Absonderung Irans, unter anderem als Folge der Geiselnahme amerikanischer Botschaftsangehöriger im November 1979;

● die versprochene (politische und finanzielle) Unterstützung durch die Golfstaaten und Saudi-Arabien.

Wenn man schon von Fehlurteilen, Fehlbewertungen und größten Fehlentscheidungen spricht — und derer gab es in der Tat im Übermaß —, dann ist, so meine ich, gestützt auf die Palme zur Verfügung stehenden diplomatischen Quellen, der Wahrheit eher gedient, wenn man Irak und Iran in einem Atemzuge nennt.

V

Seit Olof Palme seine Vermittlungsversuche aufgeben mußte, sind genau fünf Jahre vergangen. Der Boden bleibt blutgetränkt, die Verluste haben erschreckende Ausmaße angenommen. Die Kriegsziele bleiben unverändert; für Teheran müssen Saddam Hussein und die Baath weg, für Bagdad gilt es vor allem, das verbissene Ringen ohne Zusammenbruch zu überstehen. Wohl ist die irakische Überlegenheit an Waffen beträchtlich, aber der Gegner mit seiner dreifachen Bevölkerungszahl kämpft mit größerer Begeisterung und Opferwilligkeit, ist auch nur 150 km von Bagdad und 15 km von der Hauptverbindung Bagdad-Basra

entfernt; auch ist es ihm gelungen, den Schatt-el-Arab zu überqueren und sich auf irakischem Gebiet zu verschanzen. Mit Unbehagen und Besorgnis muß Bagdad feststellen, daß Teheran jetzt vermehrt mit den Großmächten, mit der Volksrepublik China und auch mit Europa Beziehungen anknüpft und sich dadurch Rüstungsgüter schneller und vorteilhafter — und nicht nur auf Umwegen — verschafft. Die Enthüllungen vom Herbst 1986 in Washington und ihre Nachwirkungen sprechen Bände. Dank erhöhter Schlagkraft, unvermindertem Kampfeifer und verbesserter militärischer Führung ist nach dem Urteil von Sachverständigen ein kriegsentscheidender Durchbruch nicht mehr auszuschließen. Iraks einzige Hoffnung, so scheint es wenigstens, besteht darin, daß nach Khomeini die iranischen Staatslenker den wiederholten Aufrufen, sich an den Verhandlungstisch zu setzen, Gehör schenken. Diese Hoffnung ist nicht gänzlich unbegründet, denn der iranische Ministerpräsident Mussawi berichtete Ende Oktober letzten Jahres am Fernsehen von der Zerschlagung einer Verschwörung, die »einen schändlichen Frieden der hohen Kriegskosten und der schwierigen Wirtschaftslage wegen anstrebte«.

Es ist einleuchtend, daß in der gegenwärtigen Lage keine Friedensvermittlung zum Erfolg geführt werden kann und daß der Sicherheitsrat und der Generalsekretär der Vereinten Nationen sich notgedrungen darauf beschränken müssen, bedenkliche Auswüchse in der Kriegsführung zu hemmen. Wenn auch nur ein blasser Hoffnungsschimmer bestanden hätte, wäre Olof Palme, der unermüdete und unerschrockene Kämpfer und Staatsmann, bereit gewesen, sich wiederum mit aller Kraft für eine Regelung einzusetzen. Willy Brandt wies in seiner ergreifenden Gedenkrede darauf hin, daß der Ausdruck ›Staatsmann‹, ob schon mehr als gerechtfertigt, für Olof Palme zu eng sei. Auch für seine Mitarbeiter war er nicht ein Staatsmann im üblichen Sinne, denn er besaß eine Eigenschaft, die bei denen, welche die höchste Stufe erklimmen, leider oft fehlt: die Anspruchslosigkeit, die Selbstbescheidung.

Nur ein Beispiel. Obwohl alle Blicke auf ihn, den berühmten Schweden, gerichtet waren, machte es ihm nichts aus, mit seinem Joggeranzug durch die mit Diplomaten überfüllten Hotelhallen in Bagdad und Teheran zu schreiten, in allernächster Nähe seine Runden zu drehen und dann verschwitzt, mit zerzausten Haaren und beschmutzten Turnschuhen den Weg zu seinem Zimmer einzuschlagen. Einer der verblüfften Botschafter traf den Nagel auf den Kopf: »Diesen Mann hat die Macht nicht verdorben!«

›Aufrechte Acht‹ und ›Gleichgesinnte‹

Schweden und die anderen skandinavischen Länder in den Vereinten Nationen

BO HULDT

Ihren 40. Jahrestag konnten die Vereinten Nationen im Herbst 1985 begehen. Obwohl es nicht an Gratulanten fehlte, führte doch nichts an der Erkenntnis vorbei, daß die Weltorganisation in beträchtlichen Schwierigkeiten steckt. Diese Probleme kamen weniger durch die offenkundige Tatsache auf, daß ihre Mitglieder nicht in der Lage — oder vielmehr nicht willens — waren, die hochgesteckten Ziele der Charta zu verwirklichen, sondern eher durch akute Schwierigkeiten, die sich aus der Notwendigkeit der Anpassung an das im Wandel begriffene internationale Umfeld und aus den Schwierigkeiten tagtäglichen Krisenmanagements ergaben.

Diese Probleme hatten ihren Ursprung in den Kontroversen der frühen sechziger Jahre um die Kongo-Operation der Vereinten Nationen (ONUC), die Rolle des Generalsekretärs und die Finanzierung der friedenssichernden Maßnahmen der Weltorgani-

sation. Seit mehr als zwei Jahrzehnten steht die Organisation nun schon im Kampf gegen die Mittelknappheit, in dem Bemühen, den Anforderungen einer ständig länger werdenden Liste neuer Themen und Probleme gerecht zu werden.

Die ›Aufrechten Acht‹ des Völkerbundes

In den Darstellungen der sechziger Jahre war es gang und gäbe, bestimmte Staaten als Angehörige der ›UN-Feuerwehr‹ zu bezeichnen — Länder, die durch finanzielle Leistungen, durch Unterstützung der Friedenssicherungsmaßnahmen, durch Vermittlung und Brückenschlag mit ihren Diensten für die Weltorganisation sich selbst übertrafen¹. Unter den Ländern, die am häufigsten genannt wurden, waren die Skandinaviens (Schweden dabei wohl an erster Stelle) — ein Eindruck, der damals zweifellos auch durch das offensichtliche nordische Monopol

auf das höchste Amt der Weltorganisation, das des Generalsekretärs, unterstrichen wurde.

Die skandinavischen Länder traten den Vereinten Nationen nicht gleichzeitig bei. Dänemark und Norwegen waren bei den Gründungsvätern. Schweden, während des Zweiten Weltkriegs neutral, war nicht unter den ursprünglichen Mitgliedern, sondern trat 1946 bei, am gleichen Tag wie Island. Finnland, das während des Krieges auf der falschen Seite gestanden hatte, wurde erst 1955 die Mitgliedschaft gewährt. Dennoch werden diese Staaten in Analysen des Abstimmungsverhaltens im allgemeinen als eine der am stärksten homogenen Gruppierungen innerhalb der Generalversammlung angesehen. Obwohl sich die Skandinavier in der Frage ihrer Sicherheit unterschiedlich orientieren – Dänemark, Island und Norwegen gehören der NATO an, während Finnland und Schweden trotz nicht ganz deckungsgleicher Profile neutral sind –, haben sie in all den Jahren gemeinsamer UN-Geschichte innerhalb der Gruppe eine bemerkenswerte Harmonie aufgewiesen². Kleinere Abweichungen vom allgemeinen Muster hat es zwar gegeben – so die Stimmhaltung Finnlands bei den Ost-West-Kontroversen der frühen Jahre seiner Mitgliedschaft oder etwa das dänische Stimmverhalten, das sich seit dem Beitritt zur EG 1973 etwas stärker an das dieser Gruppe angeschlossen –, aber das sind nur ganz wenige Pinselstriche im Gesamtbild der »skandinavischen Einheit«. Überdies wird die UN-Politik auf jährlichen Treffen der Außenminister miteinander abgestimmt.

Die nordischen Länder bilden gemeinsam eine mehr oder weniger klar erkennbare Region; es sind alles kleine Staaten – wenn auch nicht relativ gesehen, da die Entkolonisierung den Vereinten Nationen eine große Zahl von Mikrostaaten beschert hat –, und alle, mit Ausnahme des »neuen« Staates Island, haben eine

gemeinsame Vergangenheit als ehemalige Mitglieder des Völkerbundes. Schon in der Zwischenkriegszeit gab es eine nordische Identität, wobei die skandinavischen Länder Dänemark, Norwegen und Schweden unter anderem im Zusammenhang mit der Abrüstungskonferenz – während der Vorbereitungszeit (1926–32) und während der Konferenz selbst (1932–36) – eine beachtliche Rolle spielten. Hier bildeten sie den harten Kern einer als die »Aufrechten Acht« bekannt gewordenen Gruppe; an der Seite Belgiens, der Niederlande, der Schweiz, Spaniens und der Tschechoslowakei stritten sie für Abrüstung auf dem Verhandlungswege und traten, wohl da man keine eigenen Händel auszutragen hatte, als vermittelnde Kraft auf³.

Das Kriegsgeschehen wies den Aufrechten Acht unterschiedliche Rollen zu, und nach dem Krieg konnte sich die Gruppe aus offensichtlichen Gründen nicht erneut verwirklichen. Die Tschechoslowakei war an den Osten verloren; Spanien blieb wegen Franco geächtet und durfte erst 1955 den Vereinten Nationen beitreten, um dort mit Belgien und den Niederlanden (auf die diese Kategorisierung in geringerem Maße angewendet wurde) in jene besondere Klasse der Kolonialmächte und Ex-Kolonialmächte gesteckt zu werden, gegen die sich die meisten Energien der UN-Generalversammlung während der fünfziger und sechziger Jahre richteten. Die Schweiz wurde nie Mitglied der Vereinten Nationen. Die skandinavische Gruppe jedoch blieb erhalten und führte gewissermaßen die Tradition der Aufrechten Acht fort. Es ist zwar richtig, daß Dänemark mit dem Besitz Grönlands ebenfalls den Status einer Kolonialmacht hatte; es konnte jedoch erfolgreich die weitere Stigmatisierung verhindern, nachdem Grönland die innere Selbstregierung erreicht hatte. Genau diese koloniale Unschuld hat viel zu dem besonderen Profil der Skandinavier beigetragen. Das Zusammenfließen und die viel-

Skandinavische Namen mit gutem Klang in den Vereinten Nationen . . .

Martti Ahtisaari (geb. 1937), finnischer Diplomat, 1977–1981 Beauftragter der Vereinten Nationen für Namibia; seit Jahresbeginn 1987 UN-Untergeneralsekretär für Verwaltungsorganisation und laufende Verwaltung.

Graf Folke Bernadotte af Wisborg (1895–1948), Neffe des schwedischen Königs Gustav V., 1948 Vermittler der Vereinten Nationen in Palästina. Am 17. September 1948 in Jerusalem von zionistischen Terroristen ermordet (einer der Hauptverantwortlichen für den Beschluß der LEHY-Gruppe zur Ermordung Bernadottes war Yitzhak Schamir, heute Ministerpräsident Israels).

Hans Blix (geb. 1928), seit 1981 Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Organisation; 1978/79 Außenminister Schwedens.

Odd Bull (geb. 1907), 1963–1970 Stabschef der Organisation der Vereinten Nationen für die Überwachung des Waffenstillstands in Palästina; zuvor Oberkommandierender der Luftwaffe Norwegens.

Bernt Carlsson (geb. 1938), schwedischer Politiker, wird Mitte dieses Jahres das Amt des Namibia-Beauftragten der Vereinten Nationen übernehmen.

Sigvard Eklund (geb. 1911), 1961–1981 Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Organisation; zuvor Kernforscher in Schweden.

Gustaf Hägglund (geb. 1938), finnischer Offizier, seit 1986 Oberkommandierender der Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon, zuvor Chef der Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung.

Edvard Hambro (1911–1977), 1966–1971 Ständiger Vertreter Norwegens bei den Vereinten Nationen, war als bisher einziger Skandinavier Präsident der UN-Generalversammlung (1970).

Dag Hammarskjöld (1905–1961), 1953–1961 Generalsekretär der Vereinten Nationen, zuvor Minister und Spitzenbeamter in Schweden. Am 17. September 1961 ist er bei einem Flugzeugabsturz in der Nähe Ndolas im heutigen Sambia umgekommen, als er die

Kongo-Operation der Vereinten Nationen überwachte. Er gilt als einer der drei großen Generalsekretäre dieses Jahrhunderts (die beiden anderen waren Albert Thomas (ILO) und Raul Prebisch (ECLA/UNCTAD)).

Poul Hartling (geb. 1914), 1978–1985 Hoher Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge; 1973–1975 Ministerpräsident Dänemarks.

Carl von Horn (geb. 1903), schwedischer Offizier, war 1960 Oberkommandierender der UN-Kongo-Operation und 1963 Leiter der Beobachtermission der Vereinten Nationen in Jemen.

Max Jakobson (geb. 1923), finnischer Diplomat und Ständiger Vertreter seines Landes bei den Vereinten Nationen 1965–1972, zählte zu den Hauptbewerbern um die Nachfolge von UN-Generalsekretär U Thant.

Gunnar Jarring (geb. 1907), schwedischer Diplomat und Ständiger Vertreter seines Landes bei den Vereinten Nationen 1956–1958, wurde 1967 zum Sonderbeauftragten des UN-Generalsekretärs für den Nahen Osten berufen.

Trygve Lie (1896–1968) war der erste Generalsekretär der Vereinten Nationen (1946–1953); zuvor Außenminister Norwegens. Lie geriet im Zusammenhang mit der Koreakrise in einen Konflikt mit der Sowjetunion und wurde schließlich von dieser boykottiert, was seine Stellung als Generalsekretär unhaltbar machte.

Sture Linner (geb. 1917), schwedischer Wissenschaftler und Geschäftsmann, leitete 1960/61 den zivilen Teil der ONUC und übernahm später weitere Aufgaben im Bereich der Vereinten Nationen.

Halfdan Mahler (geb. 1923), dänischer Gesundheitsfachmann, ist seit 1973 Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation.

Jan Martenson (geb. 1933), schwedischer Staatsdiener; Untergeneralsekretär der Vereinten Nationen, bisher für die Hauptabteilung Abrüstungsfragen des UN-Sekretariats zuständig, künftig Generaldirektor des Genfer UN-Büros.

Olof Palme (1927–1986), schwedischer Politiker (1969–1976 und 1982–1986 Ministerpräsident), leitete die Unabhängige Kommission zu Sicherheitsfragen (»Palme-Kommission«) und wurde 1980 als Sonderbeauftragter des UN-Generalsekretärs zur Vermittlung im Golfkrieg in den Mittleren Osten entsandt. Am 28. Februar 1986 wurde er in Stockholm ermordet; die Suche nach den Mördern hält an.

Olof Rydbeck (geb. 1913), schwedischer Diplomat, 1979–1985 Generalbeauftragter des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten.

Klaus Sahlgren (geb. 1928), finnischer Diplomat, 1983–1986 Exekutivsekretär der UN-Wirtschaftskommission für Europa; zuvor Exekutivdirektor des Zentrums der Vereinten Nationen für transnationale Unternehmen.

Ensio Siilasvuo (geb. 1922), finnischer Offizier, bereits 1957 Befehlshaber des finnischen Kontingents der UNEF I, war zuletzt Chefkoordinator der friedenssichernden Missionen im Nahen Osten (1975–1979).

Helvi Sipilä (geb. 1915), finnische Juristin, 1972–1983 Beigeordnete Generalsekretärin für soziale Entwicklung und humanitäre Angelegenheiten der Vereinten Nationen.

Hans Tabor (geb. 1922), dänischer Diplomat, Ständiger Vertreter seines Landes bei den Vereinten Nationen 1964–1967, war zur Zeit des Nahostkrieges von 1967 Präsident des Sicherheitsrats.

Thor Thors (1903–1965), 1947–1965 Ständiger Vertreter Islands bei den Vereinten Nationen, war mehrfach Vizepräsident der UN-Generalversammlung.

Inga Thorsson (geb. 1915), schwedische Politikerin, 1967–1970 Leiterin der Hauptabteilung Sozialentwicklung des UN-Sekretariats, 1978 Vorsitzende der UN-Regierungsexpertengruppe zu Abrüstung und Entwicklung, die 1981 den »Thorsson-Bericht« vorlegte.

Aksel Wiin-Nielsen (geb. 1924), dänischer Meteorologe, war 1980–1983 Generalsekretär der Weltorganisation für Meteorologie.

gestaltige Verflechtung der Nord-Süd- und Ost-West-Problematik im Kontext der Weltorganisation verschaffte ihnen zudem besondere Möglichkeiten und einen speziellen Status in den Augen der Gesamtmitgliedschaft – umso mehr, da sich diese im Gefolge der Entkolonisierung mehr und mehr aus Staaten des Südens zusammensetzte.

Als sich die Vereinten Nationen 1945 zusammenfanden, stellten sie nach skandinavischer Auffassung nicht notwendigerweise die ideale internationale Organisation dar. Als Nachfolger des Völkerbundes, der es angesichts der Erfahrungen der Vergangenheit besser machen sollte, war die UNO als Instrument zur Kriegsverhütung geplant, als Organisation für die Gewährleistung kollektiver Sicherheit zum Schutz vor einem dritten Weltkrieg. Aus ihrer Sicht beurteilten die nordischen Länder eine kollektive Sicherheit auf der Basis von Sanktionen oder Garantiesystemen eher skeptisch und hätten es vorgezogen, die kollektive Sicherheit auf einen langfristigen Prozeß der Abrüstung und der Entwicklung internationaler rechtsförmiger und vermittelnder Verfahrensweisen zu gründen. Kernpunkt in der nordischen Vorstellung von einer internationalen Organisation war immer der Völkerrechtsaspekt.

In der Zwischenkriegszeit waren die kleinen skandinavischen Länder in die Konflikte zwischen den Großmächten gerade durch das System der ›kollektiven Sicherheit‹ hineingezogen worden und waren nunmehr wahrlich nicht darauf bedacht, sich erneut in demselben Dilemma wiederzufinden. (Nach dem Scheitern der Sanktionen gegen Italien wegen Abessinien in den Jahren 1935/36 erklärten alle nordischen Länder formell, daß sie sich an die Sanktionsvorschriften des Völkerbundpaktes nicht mehr gebunden fühlten.) Das System der Vereinten Nationen hatte jedoch eine Instanz als Sicherung gegen diese Gefahr eingebaut: das Vetorecht der fünf Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats. Für das neutrale Schweden war dies eine unumgängliche Voraussetzung für seinen UN-Beitritt; für Dänemark, Island und Norwegen erschien das Problem weniger dringend, da sie Mitglieder des ›Westens‹ wurden. Der Schlüsselfaktor, der den nordischen Ländern eine erfolgreiche Mitwirkung erlaubte, war die Tatsache, daß die Vereinten Nationen – trotz der gängigen Vorstellungen über die Organisation und ihr angebliches Scheitern – sich eben nicht in einem Ost-West-Duell verloren, sondern, unter dem Druck einer wachsenden Mitgliederzahl, ihr Tun auf die Nord-Süd-Thematik ausrichteten. Das war der Ausgangspunkt für eine Art Neuaufbruch der Aufrechten Acht – wenn auch entlang neuer Wege.

Die UN als Handlungsfeld unabhängiger Außenpolitik

Für die kleinen skandinavischen Staaten bot die UN-Bühne Gelegenheit, sowohl die politische Isolation, in der sie sich in einem geteilten Europa befanden, als auch ihre geographische Randlage zu überbrücken. Die Vereinten Nationen vermittelten den drei NATO-Mitgliedern einen Bereich für Betätigungen über die durch die Mitgliedschaft in der Allianz vorgegebene Rollenzuweisung hinaus und die Gelegenheit, ein unabhängiges Profil zu zeigen. Den Schweden – und auch den Finnen – boten sie Möglichkeiten, ihren neutralen Status zum Vorteil zu wenden, um dadurch auch die eigenen Fundamente gegenüber den Großmächten, den potentiellen Verletzern eben dieser Neutralität, zu festigen.

Im Falle Schwedens hatte sich ein Großteil der Debatte über den Völkerbund in den zwanziger und dreißiger Jahren auf die Frage konzentriert, ob die Mitwirkung in einem System kollektiver Sicherheit mit der neutralen Haltung Schwedens vereinbar war oder nicht. 1945 erschien es wenig sinnvoll, diese Kontroverse wieder aufleben zu lassen. Dennoch kam es zu einer bemerkenswerten Debatte zwischen dem ehemaligen Außenminister Christian Günther, der den Balanceakt der Kriegsjahre geschickt zu dirigieren gewußt hatte, und Östen Undén, dem neuen Außenminister im sozialdemokratischen Kabinett, das der Koalitionsregierung der Kriegszeit nachgefolgt war. Während Günther skeptisch in die Zukunft blickte und zu weiterhin niedrigem Profil

und einer Linie strikter Neutralität riet, betonte Undén die Notwendigkeit für Schweden, den Entwurf einer neuen Weltordnung für die Nachkriegszeit gemäß der Charta der Vereinten Nationen mit ihren Gedanken der Solidarität und gemeinsamer Lösungen zu unterstützen⁴.

Der Unterschied zwischen diesen beiden Standpunkten mag nicht gar so groß gewesen sein – aber Undén war sich wohl genauestens darüber im klaren, daß Schweden etwas wiedergutzumachen hatte, nämlich seine Politik während der Kriegsjahre – in denen man versucht hatte, sich schadensfrei zu halten –, die als moralisch fragwürdig (politisch aber nützlich) angesehen werden kann. Schwedens Neutralität im Zweiten Weltkrieg wurde direkt nach Kriegsende nicht gerade als bewundernswert erachtet; das ist etwas, was die heutigen Schweden vollkommen vergessen haben, wenn sie ihre gegenwärtige neutrale Position als moralisch unanfechtbar und womöglich nachahmenswert darstellen. Die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen wurde von Undén daher als ein Mittel zur *Unterstützung* der Neutralitätspolitik angesehen – eine Sichtweise, die sich von der der Zwischenkriegszeit grundlegend unterschied, als es um den Konflikt zwischen kollektiver Sicherheit und Neutralität ging.

Als sich das Nachkriegseuropa – im Gegensatz zum Europa nach 1919 – in zwei Lager spaltete, wurde schnell offenbar, daß Europa selbst für schwedische Initiativen nur begrenzte Möglichkeiten bieten würde; im Hinblick auf die Sicherheitspolitik und die allgemeine politische Orientierung würde die Neutralität, wie sie Östen Undén und wohl alle Schweden verstanden, ein niedriges Profil Schwedens erfordern. Was noch an Raum für politische Manöver blieb, das konnten am ehesten die Vereinten Nationen gewährleisten. (Mitte der siebziger Jahre änderte sich dank der westdeutschen Ostpolitik, des KSZE-Prozesses und der Entspannungspolitik dann die Lage in Europa.)

Swedens Weg zu einer aktiven Außenpolitik

Die schwedische Politik im Rahmen der Vereinten Nationen spiegelte in den fünfziger Jahren Behutsamkeit wider und war im wesentlichen konservativ. In Kolonialfragen zum Beispiel neigten die Schweden aus legalistischen Überlegungen dazu, sich einer eingeschränkten Auslegung dessen, was die Vereinten Nationen von den Kolonialmächten zu fordern hätten, anzuschließen. Schweden stimmte daher recht regelmäßig mit den Kolonialmächten⁵.

Als die Schweden selbst Mitte und Ende der sechziger Jahre über eine aktivere schwedische Außenpolitik zu reden begannen, konzentrierte sich die Aufmerksamkeit auf den Vietnamkrieg und auf das Anwachsen der Kritik der schwedischen öffentlichen Meinung an der Verwicklung der Vereinigten Staaten in einen ›Kolonialkrieg‹. Dieser neue Aktivismus scheint freilich das Resultat aus dem allmählichen Zusammenfließen mehrerer unterschiedlicher Strömungen gewesen zu sein, wobei den Vereinten Nationen eine wichtige Rolle zukam.

Die Entsendung der Notstandsstreitkräfte der Vereinten Nationen (UNEF I) in den Nahen Osten 1956 und der UN-Beobachtergruppe (UNOGIL) nach Libanon 1958 – beides unter schwedischer Beteiligung – unterstreicht die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen dem neuen Generalsekretär Dag Hammarskjöld, vormals Assistent und Kollege Undéns, und den schwedischen Behörden⁶. In gewisser Weise nahm Hammarskjöld Schweden mit zu der Weltorganisation. Obwohl seine Rolle im einzelnen nicht leicht zu bestimmen ist, muß sie doch für die Aktivierung der schwedischen Außenpolitik von erheblicher Bedeutung gewesen sein. Parallel zu der sich wandelnden, nunmehr weniger konservativen amerikanischen Haltung gegenüber der Kolonialfrage wurde die schwedische Einstellung hierzu in den Jahren 1959/60 merklich ›radikaler‹. 1960 beteiligte sich Schweden sowohl mit einigen Bataillonen als auch mit einer Kleinluftwaffe (J-29-Kampfflugzeuge) an der Kongo-Operation der Vereinten Nationen.

1961 unterbreitete Undén der Staatengemeinschaft einen Plan über einen ›Club‹ der Atomwaffenfreien, der die Staaten einbe-

ziehen wollte, die sich auf die Nichtherstellung, die Nichtstationierung und die Transitverweigerung von Atomwaffen verpflichteten. Dieser Vorschlag spiegelte die Enttäuschung über die sogenannten Abrüstungsgespräche zwischen den Großmächten wider, die sich seit 1955 ohne Ergebnis dahinschleppten. Die schwedische Initiative, der Undén-Plan, brachte sowohl die Interessen eines kleineren Staates als auch das Bestreben, die Weltorganisation bei den Abrüstungsverhandlungen ins Spiel zu bringen, zum Ausdruck. Da Schweden am Ost-West-Dialog nicht teilnehmen konnte, boten die Vereinten Nationen das nächstliegende Forum und die Rahmenbedingungen für einen erneuten Anlauf – ein Thema, das Undén schon 1960 zur Diskussion gestellt hatte, als er anregte, daß zwischen der Weltorganisation und den laufenden Verhandlungen im Genfer Zehn-Mächte-Ausschuß (von Ost und West) eine stärkere Verbindung hergestellt werden sollte.

1962 wurde Schweden Mitglied des 18-Länder-Abrüstungsausschusses (ENDC), der durch die Hinzunahme neutraler und blockfreier Staaten dem Zehn-Mächte-Ausschuß nachgefolgt war. Der ENDC war (formal gesehen) der Verhandlungsort für die Gespräche über den Atomteststopp-Vertrag von 1963 und den Nichtverbreitungs-Vertrag von 1968. Für Schweden hatte diese Beteiligung weitgehende Implikationen. Ende der fünfziger Jahre standen die Schweden vor der Entscheidung, ob sie zur Kernwaffenmacht werden sollten; man unterstellte, die erforderliche Technologie schon in wenigen Jahren zur Verfügung zu haben. 1959 wurde die Entscheidung verschoben; durch Schwedens Beteiligung am ENDC – und damit an den in der Folge ausgehandelten Verträgen – war die ›Chance‹ jedoch vertan und die Entscheidung gegen die eigene Bombe gefallen. Ohne Zweifel hat es eine Anzahl gewichtiger Gründe für diesen Entschluß gegeben, aber die internationalen Verpflichtungen und die Bindungen an die Weltorganisation spielten ebenso eine Rolle.

In Anknüpfung an die Haltung der Völkerbundzeit ist die *Abrüstung* eins der Hauptanliegen der skandinavischen Länder in den Vereinten Nationen. Weniger direkt mit den Traditionen vereinbar ist das starke Engagement der nordischen Staaten bei den *friedenssichernden Maßnahmen*. Der skandinavische Vorbehalt gegenüber militärischen Sanktionen als Instrument der kollektiven Sicherheit war 1945 wahrscheinlich nicht weniger stark ausgeprägt als 1919. Ironie des Schicksals: Schwedische Kommandeure unter dem Blauhelm führten Anfang der sechziger Jahre im Kongo ihre Bataillone (und Kampfflieger) letztendlich in einen Schießkrieg nach Katanga; heute ist auch ein schwedisches Bataillon mit der Friedenssicherung im konfliktträchtigen Süden Libanons betraut. Die Friedenssicherungsoperationen, Erfindung der Vereinten Nationen, sind jedoch nicht dasselbe wie militärische Sanktionen. In den zwanziger Jahren wurde einmal darüber debattiert, ob Schwedens nationale Verteidigung in ein Kampfinstrument für den Völkerbund umgewandelt werden sollte⁷. Das heutige schwedische Engagement bei den Friedenssicherungsoperationen stellt vielleicht einen schwachen Widerhall dieser Gedanken dar.

Weniger überraschend im skandinavischen UN-Profil ist die bedeutende Verpflichtung zur *weltweiten wohlfahrtsstaatlichen Politik* mit einer starken Betonung der Entwicklungshilfe-Komponente, der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung und entsprechenden Programmen in der Dritten Welt. Das Entwicklungshilfeprogramm Schwedens wurde 1965 eingerichtet – ebenfalls ein Aspekt der ›aktivierten‹ Außenpolitik. Mitte der siebziger Jahre tauchte die ›Neue internationale Wirtschaftsordnung‹ in der schwedischen Diskussion auf, zusammen mit dem Konzept der ›gleichgesinnten Länder‹: derjenigen Industriestaaten, die die Forderung der Dritten Welt (und der Gruppe der 77) nach einem internationalen New Deal zu akzeptieren und zu unterstützen bereit waren⁸. Die Gedanken globaler Wohlfahrtsökonomie erreichten hier Dimensionen, die bis zur weltweiten Neuverteilung des Reichtums gingen – ein skandinavischer Vorschlag, der jedoch schwer in politische Praxis umzusetzen



Trygve Halvdan Lie aus Norwegen wurde 1946 zum ersten Generalsekretär der Vereinten Nationen gewählt. Sein Andenken hat die UN-Postverwaltung Ende Januar mit einer Sondermarke gewürdigt. Die hier abgebildete Porträtskizze wurde aus diesem Anlaß von dem amerikanischen Künstler Al Hirschfeld für einen Ersttagsbrief des Weltverbandes der Gesellschaften für die Vereinten Nationen (WFUNA) entworfen.

war und der zweifelsohne nicht unangefochten geblieben wäre, wäre er in seiner vollen Bedeutung den skandinavischen Wählern präsentiert worden. Die Idee als solche bleibt in den Diskussionen über das angemessene Niveau der skandinavischen Entwicklungshilfe immer noch im Schwange.

Die achtziger Jahre: Verengung der Perspektive?

In den nordischen Ländern gilt Loyalität gegenüber den Vereinten Nationen und gegenüber dem Prinzip internationaler multilateraler Zusammenarbeit als selbstverständlich. Dies trifft sowohl auf die offiziellen Erklärungen der skandinavischen Regierungen zu – in Schweden wird die Mitwirkung in der Weltorganisation immer wieder als Schlüsselement der eigenen Außenpolitik beschrieben – als auch auf die öffentliche Meinung, die bei diesem Thema wirklich die Meinungen der Leute reflektiert. Dennoch kam es zu einem Umschwung der Stimmung; heute, in den achtziger Jahren, ist das Klima anders als ausgangs der sechziger und während der siebziger Jahre, als die Diskussion in Schweden von allgemeinem Interesse für internationale Themen (vor allem den Vietnamkrieg) geprägt war. Heute gibt es das Element der Verengung der globalen Sicht zu einem beträchtlich kurzsichtigeren Blick in die Welt.

Allgemein kann man von einer wachsenden Desillusionierung im Hinblick auf die ›fernen Horizonte‹ und (statt dessen) von der ›Rückkehr nach Europa‹ sprechen. Während die letztere dem Realisten als Anzeichen für eine willkommene Ernüchterung und die Bewußtwerdung bestimmter Tatsachen des Lebens und der Geographie gilt, könnte erstere Anlaß für einige Besorgnis geben, da sie die öffentliche Meinung von den Vorstellungen der internationalen Solidarität abbringen könnte. Wie in anderen europäischen Ländern hat es auch in Schweden immer eine Vorhut von Intellektuellen und Meinungsmachern gegeben, die sich energisch für ein Engagement zugunsten der Dritten Welt, für internationale Solidarität und für diverse Formen der Entwicklungshilfe aussprachen, während die Bevölkerung im allgemei-



Bernt Carlsson wurde als Nachfolger von Brajesh C. Mishra von der 41. UN-Generalversammlung zum Beauftragten der Vereinten Nationen für Namibia ernannt. Seine Amtszeit beginnt am 1. Juli dieses Jahres. Carlsson, am 21. November 1938 in Stockholm geboren, besitzt einen wirtschaftswissenschaftlichen Abschluß der Universität Stockholm. Derzeit ist er Staatssekretär für nordische Fragen im schwedischen Landwirtschaftsministerium; seine früheren Tätigkeiten schließen die des Internationalen Sekretärs der schwedischen Sozialdemokraten und des Generalsekretärs der Sozialistischen Internationale ein.

nen — die sogenannte schweigende Mehrheit — aller Wahrscheinlichkeit nach zu diesen Themen zurückhaltender eingestellt war. Nach dem gegenwärtigen Eindruck von Scheitern und Krise in der Dritten Welt — was ihre politische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung angeht — und in Verbindung mit den wachsenden Wirtschaftsproblemen im heimischen Wohlfahrtsstaat scheinen die Folgen absehbar: Abnahme der Unterstützung und des Interesses an den globalen Themen und vermehrte Hinwendung zu naheliegenderen Problemen. Die »nationalen Interessen« werden nun wohl enger definiert werden; »europäische Sicherheit und skandinavische Regionalprobleme, U-Boot-Jagd und das allgemeine Gefühl, den Kontroversen und Konflikten der Supermächte im Norden Europas und den umgebenden Gewässern stärker ausgesetzt zu sein — all dies schafft eine neuartige Ausgangslage. So sind nun das unter dem wachsenden Druck der Supermächte stehende nordische »Gleichgewicht« und der mit ökonomischen Zwängen konfrontierte nationale Wohlfahrtsstaat zur Hauptsorge der öffentlichen Meinung geworden — nicht mehr die Dritte Welt, eine »Neue internationale Wirtschaftsordnung« oder ähnliches von fernen Horizonten.

Heute kann das Pendel noch weit in Richtung »Nationalismus« ausschlagen, bevor es wieder zum »Internationalismus« zurückschwingt. Schweden steht dabei in keiner Weise einzigartig dar; den spektakulärsten Fall stellt natürlich die Entwicklung in den Vereinigten Staaten dar. Wir alle spiegeln auf unterschiedliche nationalstaatliche Weise eine generelle Krise des Multilateralismus wider.

Der Beginn des Umschwungs liegt jedoch schon einige Zeit zurück. In den späten siebziger Jahren tauchten die ersten sichtbaren Anzeichen dafür auf, daß das Vertrauen in Schwedens Fähigkeit, seinem eigenen Anspruch als Brückenbauer, Mittler, Geberland und internationale Feuerwehr gerecht zu werden,

dahinschwand. Als das Schwedische Sekretariat für Zukunftsstudien seinen Bericht »Schweden in der Weltgesellschaft. Gedanken über die Zukunft« vorlegte, wurde klar, daß sich die Sichtweisen von »Schweden als international Handelndem« und Befürworter weltweiter Wohlfahrtsökonomie zu »Schweden als mit zunehmenden Problemen« wirtschaftlicher, sicherheitspolitischer und wohlfahrtsstaatbezogener Art »kämpfender kleiner Staat« verlagern würden⁹. Etwas überspitzt könnte man von einem Paradigmenwechsel sprechen, um Thomas S. Kuhns weitverbreitete Begriffsschöpfung zu verwenden.

Zwischen 1976 und 1982 wurde Schweden von Koalitionen nicht-sozialdemokratischer Parteien regiert; kaum jemand hat jedoch behauptet, daß diese Wende nach gut drei Jahrzehnten massiver sozialdemokratischer Vorherrschaft schon eine wirkliche Änderung der Außenpolitik beinhalten würde. Verpflichtungserklärungen gegenüber den Vereinten Nationen und der internationalen Zusammenarbeit wurden von diesen Regierungen nicht minder häufig als während der sozialdemokratischen Ära abgegeben. Als jedoch die Sozialdemokraten 1982 mit Olof Palme als neuem altem Ministerpräsidenten an die Macht zurückkehrten, wurde deutlich, daß sich die Welt seit 1976 verändert hatte. Aus internationaler Perspektive befanden wir uns nun inmitten dessen, was schon als »Neuer Kalter Krieg« bezeichnet wurde, und die schwedische Debatte über Sicherheitsfragen wurde jetzt von zwei recht komplizierten und nicht so ganz in Einklang miteinander zu bringenden Themen beherrscht: vom Eindringen fremder U-Boote in schwedische Hoheitsgewässer und der Frage einer skandinavischen atomwaffenfreien Zone. Etwaige Ambitionen der zweiten Regierung Palme, neue global orientierte und internationalistische Initiativen in Gang zu setzen, wären daher aller Wahrscheinlichkeit nach unter den (international wie auch national) gewandelten Umständen rasch auf ihre Grenzen gestoßen. Nach dem tragischen Tod Olof Palmes mutmaßten Kenner der schwedischen Außen- und Neutralitätspolitik, daß Schweden nun in eine ruhigere Phase eintreten werde — der Wechsel von Olof Palme zu Ingvar Carlsson, dem neuen Ministerpräsidenten, mag sich daher nicht nur als ein Wechsel von Individuen, sondern auch im politischen Stil erweisen.

Das soll selbstverständlich nicht bedeuten, daß die Schweden sich — in irgendeinem Sinne des Wortes — aus den Vereinten Nationen zurückziehen werden; die Schweden von der Notwendigkeit *weiterer* internationalistischer Verpflichtungen überzeugen zu wollen, könnte sich jedoch als Kampf gegen Windmühlenflügel herausstellen. Die Entwicklungshilfe — hier hat Schweden Schwierigkeiten, das selbstgesteckte Ziel von einem Prozent des Bruttosozialprodukts zu erreichen — ist Thema in diversen Diskussionen und bedarf einer neuerlichen Klärung. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Behandlung der Frage von Sanktionen gegen Südafrika. Die schwedische (und vormals auch die gesamtscandinavische) Position war gegen Sanktionsmaßnahmen gerichtet, sofern sie nicht vom Sicherheitsrat verabschiedet und von der aktiven Unterstützung aller Ständigen Mitglieder des Rates getragen waren. Dies stimmt mit der herkömmlichen schwedischen Sichtweise des Vetos als Schutzmaßnahme gegen eine unerwünschte Einbeziehung in Konflikte zwischen den Großmächten überein. Der Fall Südafrika weist sowohl sozusagen konstitutionelle als auch unmittelbar auf Schweden bezogene Implikationen auf. Er bringt das Land in eine Position, in der tatsächliche Kosten nicht nur von Schweden selbst (Investitionen, Unternehmen und Arbeitsplätze) getragen werden müßten, sondern auch von den Frontstaaten, mit denen Schweden seit geraumer Zeit besonders enge Beziehungen pflegt. Mehrere dieser Länder sind und waren in großem Maßstab Empfänger schwedischer Entwicklungshilfeleistungen; sie alle werden durch Sanktionen und durch die ökonomische Kriegsführung gegen Südafrika getroffen sein. Auch dies vermittelt uns wiederum die Botschaft, daß wir in einer komplexeren Welt leben, als viele von uns es in den sechziger und siebziger Jahren wahrhaben wollten.

Die zu Beginn dieses Artikels erwähnte Krise der Vereinten Nationen ist sowohl ein Problem der Mitgliedstaaten, die die Weltorganisation im Stich lassen, sich von früheren Verpflichtungen lösen und sich neuen verweigern, als auch der mangelhaften Arbeitsweise der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen, die es noch nicht einmal schaffen, wenigstens in dem ihnen von den Mitgliedstaaten belassenen engen Rahmen effektiv zu arbeiten¹⁰. Offenkundigstes Beispiel hierfür ist die UNESCO. Die skandinavischen Länder waren nicht weniger kritisch gegenüber Problemen des bürokratischen Mißmanagements, der Doppelarbeit und der Ineffizienz eingestellt als andere Staaten, aber sie werden wohl kaum den »Rückzug« für eine sinnvolle Strategie halten. Eine Reform von innen statt durch Konfrontation wäre ein Verhalten, das mit den nordischen Traditionen vereinbar erschiene — ganz gleich, wie desillusioniert die Skandinavier angesichts der Arbeitsweise bestimmter internationaler Einrichtungen auch sein mögen.

Eine Verpflichtung auf Dauer

Trotz früherer Enttäuschungen und gegenwärtigen Vorrangs für nationale und regionale Fragen werden die skandinavischen Länder zweifellos auch künftig gegenüber den Vereinten Nationen in der Pflicht bleiben, auch wenn die Organisation heute mit all ihren Problemen und Mängeln nicht sonderlich glücklich dasteht. Diese Festlegung beinhaltet weniger die Schwärmerei für eine Weltorganisation als Überwindung des Nationalstaates — vielmehr ist es die UNO als Bündelung der Kräfte »gleichgesinnter« Länder, welche einer Weltordnung auf der Grundlage weltweiter Herrschaft des Rechts verpflichtet sind, durch die sich die nordischen Länder angezogen fühlen. Hier ruht das Völkerbunderbe noch schwer auf ihnen.

In ihrer Völkerbundtradition stehend, unterstützten die skandinavischen Staaten die Bemühungen, die Kompetenzen des UN-Sekretariats in Abrüstungsfragen zu erweitern. So förderte Schweden die Umwandlung des Abrüstungszentrums der Vereinten Nationen in die Hauptabteilung Abrüstungsfragen des Sekretariats. Ebenso liegt es nahe, daß die nordischen Länder die Bemühungen des gegenwärtigen Generalsekretärs unterstützen, die Kapazitäten der Vereinten Nationen zur Überwachung und Analyse internationaler Krisen und Auseinandersetzungen auszudehnen; im Dienste der Konfliktprävention gilt es, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß der Generalsekretär seinen Verpflichtungen gemäß Artikel 99 der UN-Charta nachkommen kann, nämlich die Aufmerksamkeit des Sicherheitsrats auf Situationen zu lenken, »die nach seinem Dafürhalten geeignet (sind), die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zu gefährden.«

Was die Vereinten Nationen des Dag Hammarskjöld betrifft, so mögen die Schweden zumindest geneigt sein zu glauben, daß, im Anklang an die Artus-Sage, »für einen kurzen leuchtenden Augenblick Camelot dastand« — obwohl sie vielleicht auch um die Gefahren wissen, die den die Realität übersteigenden Visionen eigen sind. Nichtsdestoweniger werden sich auf Hammarskjölds Fanfarenstoß die nordischen Länder immer noch in Treue versammeln; denn Fanfarenstoß und programmatische Erklärung war es gewesen, als er die Vereinten Nationen folgendermaßen beschrieben hatte¹¹:

»... ein dynamisches Instrument der Regierungen, durch welches sie gemeinsam und mit denselben Zielen die Aussöhnung suchen; ein Instrument, mit welchem sie aber auch versuchen sollten, Formen exekutiven Handelns zu entwickeln, das im Namen aller Mitglieder erfolgt und auf die Verhinderung von Konflikten oder — sobald sie ausgebrochen sind — auf ihre Lösung durch geeignete diplomatische und praktische Maßnahmen abzielt, und zwar im Geiste der Objektivität und in Erfüllung der Grundsätze und Ziele der Charta.«

Anmerkungen

- 1 Siehe unter anderem Andrew Boyd, *United Nations: Piety, Myth and Truth*, Harmondsworth 1962; Leon Gordenker, *The UN Secretary-General and the Maintenance of Peace*, New York/London 1967; Oran Young, *The Intermediaries: Third Parties in International Crises*, Princeton 1967.
- 2 Zum Abstimmungsverhalten der Skandinavier in den Vereinten Nationen: Kurt Jacobsen, *Voting Behavior of the Nordic Countries in the General Assembly*; Jakko Kalela, *The Nordic Group in the General Assembly*; Jan-Erik Lidström / Claes Wiklund, *The Nordic Countries in the General Assembly and Its Two Political Committees* (alle in: *Cooperation and Conflict*, 3-4/1967); Kurt Jacobsen, *The General Assembly of the United Nations*, Oslo 1978; Bo Huld, *Sweden, the United Nations, and Decolonization*, Lund 1974.
- 3 Zur Völkerbundvergangenheit der nordischen Länder: S. Shepard Jones, *The Scandinavian States and the League of Nations*, Princeton 1939; Bo Huld, *Swedish Disarmament and Security Policy from the 1920s to the 1980s*, in: *Revue Internationale d'Histoire Militaire*, 57/1984.
- 4 Carnegie Endowment for International Peace/Swedish Institute of International Affairs (eds.), *Sweden and the United Nations*, New York 1956.
- 5 Näheres bei Huld (Anm. 2).
- 6 Die UNOGLIL (United Nations Observer Group in the Lebanon) wurde auf Grund einer von Botschafter Gunnar Jarring dem Sicherheitsrat unterbreiteten Anregung Schwedens ins Leben gerufen, um vor dem Hintergrund libanesischer Anschuldigungen gegen Ägypten (VAR) und Syrien, diese unterstützten Bestrebungen zum Sturz der Regierung Libanons, die Lage zu klären. Nachdem in der Folge die Vereinigten Staaten in Libanon interveniert hatten, schlug die schwedische Regierung vor, die Mission abzubrechen — akzeptierte dann aber Hammarskjölds gegenteilige Auffassung und verstärkte die UNOGLIL sogar. Siehe Gordenker (Anm. 1), S. 210 ff.
- 7 Dazu Ingemar Ottosson, *Krig i fredens intresse eller neutralitet till varje pris?* (Krieg für die Sache des Friedens oder Neutralität um jeden Preis?), Lund 1986.
- 8 Bo Huld, *The Nordic Countries and the New International Economic Order: Consensus and Disagreement within the Nordic Group*, in: *Cooperation and Conflict*, 2-3/1979.
- 9 Bo Huld, Thomas Hörberg, Svante Iger, Rune Johansson, Lars Nilén und Sven Tägil, *Sweden in World Society. Thoughts about the Future. (A Study Prepared for the Swedish Secretariat for Future Studies)*, Oxford 1980.
- 10 Näheres hierzu: Swedish Institute of International Affairs (ed.), *FN vid fyrtio — internationellt samarbete i kris* (Die Vereinten Nationen mit 40 — Internationale Zusammenarbeit in der Krise), Stockholm 1985. Siehe auch Leon Gordenker, *The UN and Its Members: Changing Perceptions*, in: *International Journal*, 2/1984.
- 11 In seiner Mitte 1961 vorgelegten Einführung zu seinem Jahresbericht 1960/61.

Grenzüberschreitende Umweltstörungen und Völkerrecht

VICTOR UMBRIGHT

Anno 1913 wurde im Haag die »Akademie für internationales Recht« gegründet und im Jahre 1923 feierlich eröffnet. Dem Kuratorium der Akademie gehören von Anbeginn Mitglieder des Internationalen Gerichtshofs, Professoren des öffentlichen und privaten Rechts sowie Praktiker (wie der Verfasser), welche die internationalen Rechtssätze anzuwenden haben, an. Die Akademie ist eine völlig unabhängige und selbständige Organisation, doch arbeitet sie je nach den Sachfragen regelmäßig mit Einrichtungen der Vereinten Nationen zusammen, etwa dem Kinderhilfswerk (UNICEF), dem Flüchtlingskommissar (UNHCR) und der UN-Universität (UNU). 1955 schuf die Akademie ein Forschungszentrum, welches seit 1957 jährliche Studien über aktuelle rechtliche Grundsatzprobleme durchführt. Die Arbeiten werden in zwei Gruppen behandelt, die eine in französischer Sprache und die andere auf englisch, welche unter der Leitung

von zwei fachlich bestens ausgewiesenen Experten des internationalen Rechts stehen. In den letzten zehn Jahren reichte die Spanne der behandelten Themen von den rechtlichen Regeln für internationale Gewässer (1978) bis zu neuen Entwicklungen im humanitären Recht (1986). 1985 ging es um grenzüberschreitende Umweltstörungen.

Die Studie des Forschungszentrums von 1985 über Umweltstörungen reiht sich in die Liste der Rechtsfragen ein, die zwar nicht durch konkrete Ereignisse ausgelöst werden, aber doch in das Gesamtbild von Problemen gehören, welche in der Zeitgeschichte besondere Aufmerksamkeit erheischen. Dazu gehört die in zahlreichen Resolutionen von UNO, ECE und OECD behandelte Umweltverschmutzung; die Abhandlung von 1985 konnte sich zwar ebenfalls auf spezifische Unfälle stützen (so